



EINGANG KON
13. Sep. 2019
Bearb.:

- BGE -

Typ.-Nr: **993** Telefax: _____

13. Sep. 2019

Original: **KON** Wv: _____
Kopien: _____ Ablage: _____

Abteilung
**KERNTECHNISCHE SICHERHEIT UND
ATOMRECHTLICHE AUFSICHT IN DER
ENTSORGUNG**

Ihr Zeichen SE 2 – BGE – 9KE 2211/ÄA0121#0003
9KE/2211/DA/AY/0372/00
Ihre Nachricht vom 09.07.2019
Mein Zeichen KE5 – 9K 9160/2-121
Meine Nachricht vom

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, 11513 Berlin

Bundesgesellschaft für Endlagerung
Eschenstr. 55

31224 Peine

UVST: _____

<input checked="" type="checkbox"/> KON	<input type="checkbox"/> EV	<input type="checkbox"/> MAT
<input type="checkbox"/> VM	<input checked="" type="checkbox"/> BW	<input type="checkbox"/> REC
<input type="checkbox"/> K1	<input type="checkbox"/> QS	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> K2	<input type="checkbox"/> ASD	<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/> GN.3	<input type="checkbox"/> PKT	<input type="checkbox"/>

Name: _____
Organisationseinheit: KE 5 – Atomrechtliche Aufsicht
Telefon: +49 30 18333-_____
E-Mail: _____@bfe.bund.de
De-Mail: info@bfe-de-mail.de
Internet: www.bfe.bund.de
Datum: 12. September 2019

Endlager Konrad

Änderungsvorgang Nr. 121 – Abwetterbohrlöcher der Sonderbewetterung der Einlagerung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 09.07.2019 [1] erteile ich folgenden Bescheid:

I. Entscheidung

- Hiermit erteile ich die Zustimmung zum Vorgehen gemäß Änderungsvorgang Nr. 121 – Abwetterbohrlöcher der Sonderbewetterung der Einlagerung, Veränderungsantrag vom 09.07.2019 [1] und [2].
- Die in [2] beschriebenen Veränderungen, die dem QS-Bereich 2 zugeordneten Teile der Bohrlöcher betreffend, nehme ich vorläufig zur Kenntnis.
- Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- [1] BGE - Bundesgesellschaft für Endlagerung „Endlager Konrad, Änderungsvorgang Nr. 121 – Abwetterbohrlöcher der Sonderbewetterung der Einlagerung - Veränderungsantrag, SE 2 – BGE – 9KE 2211/ÄA0121#0003, 9KE 2211/DA/AY/0372/00, 09.07.2019, eingegangen beim BfE am 15.07.2019.
- [2] BGE – Bundesgesellschaft für Endlagerung, Änderungsvorgang Nr. 121 – Zustimmungsverfahren, Abwetterbohrlöcher der Sonderbewetterung der Einlagerung, Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung, 9KE/2211/DA/TV/0074/00, 16.05.2019.

Projekt	PSP-Element	Obj. Kenn.	Funktion	Komp.	Baugr.	Aufgabe	UA	Lfd. Nr.	Rev.
9KE 22110	NAAN	NNNNNNNNNN	NNAANN	AANNA	AANN	XAAXX	AA	NNNN	NN
			02TSC			DA		EV000100	

738 978 11876505





- [3] Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad in Salzgitter als Anlage zur Endlagerung fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vom 22. Mai 2002.
- [4] BfS - Bundesamt für Strahlenschutz, Bewetterung, EU 284, 9K/5321/GV/TQ/0002/06, 20.02.1997.
- [5] BfS - Bundesamt für Strahlenschutz, Planung Grubengebäude, EU 279, 9K/5311/G/BZ/0006/03, 20.02.1997.
- [6] BfS - Bundesamt für Strahlenschutz, Auslegungsmaßnahmen gegen seismische Einwirkungen auf das Grubengebäude und die untertägigen Anlagenteile des geplanten Endlagers Konrad, EU 274, 9K/EB/RB/0018/01, 29.02.1996.
- [7] BfS - Bundesamt für Strahlenschutz, Rahmenbeschreibung für das Zechenbuch/Betriebshandbuch, EU 316, 9K/33411/DA/JC/0001/06, 20.02.1997.
- [8] BfS - Bundesamt für Strahlenschutz, Einstufung von Anlagenteilen, Systemen und Komponenten in Qualitätssicherungsbereiche, EU 344-Nachfolge, 9KE/1151/CA/JG/0002/01, 15.03.2010.
- [9] ZPP Ingenieure AG, Endlager Konrad, Prüfbericht zum Änderungsvorgang Nr. 121 – Zustimmungsverfahren (BGE-KZL 9KE/2211/DA/TV/0074/00), „Abwetterbohrlöcher der Sonderbewetterung der Einlagerung, Technische Beschreibung mit verfahrensrechtlicher Bewertung“ vom 04.09.2019.

II. Hinweis

Ich weise darauf hin, dass der Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses [3], der Erläuternden Unterlagen EU 284 [4], EU 279 [5], EU 274 [6] sowie der aktuellen Fassungen der gültigen Regelwerke bei der Erstellung der Ausführungsunterlagen zu beachten und entsprechende Nachweise im Rahmen der Prüfung der Vorprüfunterlage einzureichen sind.

III. Sachverhalt

Mit der Vorlage des Antrages vom 09.07.2019 [1] beantragte die BGE bei der atomrechtlichen Aufsicht abweichend vom Planfeststellungsbeschluss [3] folgende Änderungen an den Abwetterbohrlöchern der Sonderbewetterung der Einlagerung:

- Die Verrohrung der Bestandsbohrungen und der neuen Abwetterbohrlöcher soll jeweils über eine mit Ankern in der Firste der Einlagerungskammern befestigten Traverse verlagert werden.
- Die neuen Abwetterbohrlöcher werden mit geringfügigen Änderungen bei der Auffahrung hergestellt.



- Es wird ein anderes Material zur Ringraumhinterfüllung der neuen Abwetterbohrlöcher verwendet. Der Ringraum wird nach unten abgedichtet.
- Die Verrohrung der Neubohrungen erhält einen Korrosionsschutzanstrich.

IV. Begründung

Mit Schreiben vom 09.07.2019 [1] hat die BGE einen Antrag auf Zustimmung zu Änderungen an den Abwetterbohrlöchern der Sonderbewetterung der Einlagerung an das BfE gestellt. Die Abwetterbohrlöcher sollen abweichend von den Vorgaben des PFB Konrad [3] ausgeführt werden.

Für die beschriebenen Veränderungen am Ausbau der Bestandsbohrungen und der neu herzustellenden Abwetterbohrlöcher in den Einlagerungskammern ist gemäß der Nebenbestimmung A.4-23 des PFB Konrad [3] ein Zustimmungsverfahren bei der atomrechtlichen Aufsicht durchzuführen, da es sich um unwesentliche Veränderungen an ASK des QS-Bereichs 3.1 handelt.

Eine unwesentliche Veränderung liegt bei einer Abweichung vom planfestgestellten Zustand des Endlagers vor, wenn diese aus Sicht eines Sachkundigen offensichtlich nur unerhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau der Anlage haben kann, also die Genehmigungsfrage nicht erneut aufwirft.

Die geplanten Änderungen an den Abwetterbohrlöchern sind in Kapitel 1.2 der Technischen Beschreibung [2] aufgeführt.

Maßstab der Prüfung durch die atomrechtliche Aufsicht ist der Planfeststellungsbeschluss [3] samt den zugehörigen Ergänzenden und Erläuternden Unterlagen, wie u. a. die EU 284 [4], EU 279 [5] und die EU 274 [6].

Die in der Technischen Beschreibung [2] dargestellten Änderungen wurden unter Hinzuziehung der ZPP Ingenieure AG als Sachverständiger der atomrechtlichen Aufsicht fachlich geprüft. Eine Kopie der Stellungnahme [9] ist diesem Bescheid beigelegt.

Die geplanten Veränderungen haben gemäß Stellungnahme meines Sachverständigen [9], die ich mir hiermit zu Eigen mache, keine Auswirkungen auf weitere Anlagenteile, Systeme und Komponenten des Endlagers. Es bestünden zudem keine Bedenken gegen die geplanten und konzeptionell beschriebenen Änderungen in [2] im Hinblick auf das Sicherheitsniveau des Endlagers Konrad. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass der Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses, der Erläuternden Unterlagen EU 284, EU 279, EU 274 sowie der aktuellen Fassungen der gültigen Regelwerke bei der Erstellung der Ausführungsunterlagen zu beachten und entsprechende Nachweise im Rahmen der Prüfung der Vorprüfunterlage einzureichen sind, vgl. II.

Dem Antrag wird daher mit einem Hinweis zugestimmt.



Die ebenfalls in [2] beschriebenen Veränderungen bei der Auffahrung, der vergrößerte Enddurchmesser sowie die Bohrlochlänge betreffen nur die Bohrlöcher als dem QS-Bereich 2 zugeordnete Teile des Grubengebäudes. Sie gehören damit zu den rein konventionellen Teilen des Endlagers ohne atomrechtliche Bedeutung. Anforderungen an das Sicherheitsniveau der Anlage werden nicht berührt. Wegen des funktionalen Zusammenhangs mit den vorgenannten zustimmungspflichtigen Veränderungen am Ausbau und der Verlagerung der Abwetterbohrlöcher nehme ich diese den QS-Bereich 2 betreffenden Veränderungen vorlaufend zur Kenntnis.

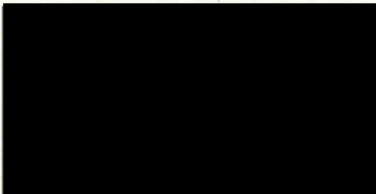
V. Kosten

Die Kosten werden gem. § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 5 Abs. 1 Nrn. 2 und 7 AtKostV erhoben. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Anlagen

- Änderungsvorgang Nr. 121 [2]
- ZPP Ingenieure AG, Prüfbericht zum Änderungsvorgang Nr. 121 [9] (Kopie)